

Verteilungskampf um geistige Ressourcen

Ist Weiterbildung Sache des Staates? Zu dieser Frage diskutierten Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Bildung sowie Betroffene unter dem Titel «Bildung nur noch für Reiche?» in Bülach.

Caroline Bossert

Weiterbildung integriert beruflich und gesellschaftlich. Dies wurde an der Podiumsdiskussion am Beispiel des Kursbesuchers Rolf Egli deutlich. Mit 56 Jahren musste sich der frühpensionierte Bordtechniker wieder auf Jobsuche begeben. Nach längerer Suche wurde er fündig, merkte aber bald: Ohne Weiterbildung geht es nicht. An der Berufsschule Bülach traf er auf gut strukturierte Kurse, nützliche Übungen und mit 280 Franken einen bezahlbaren, 18 Lektionen umfassenden Kurs. Inzwischen hat Egli fünf PC-Kurse absolviert und ist bei seinem Arbeitgeber unentbehrlich geworden.

Nicht mehr marktauglich

Die Podiumsveranstaltung «Bildung nur noch für Reiche?» des Bildungszentrums Zürcher Unterland fand anlässlich der aktuellen Diskussion statt, ob der Staat Weiterbildungskurse weiterhin subventionieren sollte.

Was eine Streichung von Subventionen für Leute, die auf Weiterbildung angewiesen sind, bedeuten würde, demonstrierte Werner Kolb, Rektor der Berufsschule Bülach, an einem Beispiel. So betrügen die Semestergebühren an der



Diskutierten über Bildung (von links): SVP-Kantonsrat Claudio Schmid, Rektor der Berufsschule Bülach Werner Kolb, Diskussionsleiterin Cornelia Daftarian, Unternehmer Ernst Meier sowie Kursteilnehmer Brigitta Loher und Rolf Egli. (cob)

Technikerschule mit 1600 Franken schon heute mehr als das Doppelte der Studiengebühren an der Uni. Mit dem Deckungsbeitrag 1, mit dem der Auszubildende neben den Kursbeiträgen auch noch Lehrerlöhne und Sozialleistungen bezahlt, würden die Gebühren auf 3000 Franken ansteigen. «Wenn der Staat nun die volle Kostendeckung verlangt, dann sind staatliche Weiterbildungsangebote nicht mehr marktauglich», so Kolb. Fehlen günstige Kursangebote, ist jedoch zu befürchten, dass finanziell schlechter gestellte Personen sich keine Weiterbildung mehr leisten könnten.

SVP-Kantonsrat Claudio Schmid gab zu bedenken, dass man in einem Kanton, der 6 Milliarden Franken Schulden habe, sparen müsse – auch mit unpopulären Mitteln. Eine Option, wie man den Staat entlasten könnte ohne auf den Rücken der Ärmsten zu sparen, zeigte sodann schliesslich der Geschäftsführer Ernst Meier: Sein Unternehmen zahlt ausbildungswilligen Mitarbeitern die Hälfte der Kursgebühren.

«Kursgeld ist mitentscheidend»

Höhere Kursgebühren schliessen nicht nur finanziell schlechter gestellte von der Weiterbildung aus, sie vermindern generell den Anreiz auf eine Fortbildung. Dies bestätigt zumindest Daniela Marcarini aus Bachenbülach.

Vor sieben Jahren begann sie im Familiengeschäft zu arbeiten. Um sich für die Arbeit in der Administration nachträglich eine schulische Grundlage zu schaffen, besuchte sie den Lehrgang Sachbearbeiterin Rechnungswesen an der Berufsschule Bülach. Die zweijährige Ausbildung kostete sie 4400 Franken. Sie schloss sie mit einer Note von 5,1 ab. Die gute Schlussnote spornt sie nun an, mit der Buchhalter-Ausbildung zu beginnen. Dennoch meint sie: «Wenn der Kurs das Doppelte gekostet hätte, dann hätte ich ihn nicht absolviert.» (cob)



Daniela Marcarini.